

Die Hauptstadt für das allgemeine Wahlrecht.

Der Municipalausschuß der Hauptstadt veranstaltete heute eine feierliche Kundgebung für das allgemeine Wahlrecht. Dr. Wilhelm Bássonji und vierzig seiner Anhänger hatten die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung verlangt, um über einen Antrag Beschluß zu fassen, in dem „die Generalversammlung, die schon in wiederholten Fällen ihre Stimme für das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht erhoben hat, mit patriotischer Begeisterung und Huldigung den König begrüßt, der mit dem Glanz und Ansehen der Krone die Wahrheit besiegelt hat, daß das Volk in Waffen durch das Vergießen seines Blutes, das arbeitende Volk durch seine Arbeit sich das Recht erworben hat, auch im Frieden das Schicksal des Vaterlandes leiten zu können“. Die Antragsteller ersuchten zugleich den Bürgermeister, ehestens eine Huldigungsadresse der Hauptstadt an den König gelangen zu lassen.

Die für heute nachmittags vier Uhr einberufene außerordentliche Generalversammlung nahm einen würdigen Verlauf. Der Saal und die Galerien waren dicht besetzt. Der Antrag wurde ohne Debatte einstimmig angenommen. Die Mitglieder der Generalversammlung benützten den Anlaß, um den König mit Begeisterung zu feiern und auch dem Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy sowie Dr. Wilhelm Bássonji herzliche Ovationen zu bereiten.

Die kaum zehn Minuten währende Sitzung nahm folgenden Verlauf:

Nach Eröffnung der Sitzung verlas Bürgermeister Stefan Bárczy den Antrag, dessen Wortlaut wir bereits veröffentlichten. Die Verlesung wurde wiederholt durch Applaus und Ehnenrufe unterbrochen.

Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy: Wünscht jemand zu dem Antrag zu sprechen?

Rufe: Nein! Wir nehmen ihn an!

Wilhelm Bássonji: Wir handeln am angemessensten, wenn wir den Antrag, ohne eine Begründung zu erwarten, mit feierlicher Einhelligkeit zum Beschluß erheben. (Stürmische Ehnenrufe.)

Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy: Ich erkläre den Antrag für einhellig angenommen. Zugleich gebe ich der Hoffnung Ausdruck, daß dieser feierliche Beschluß der Generalversammlung einen Schritt auf dem Wege der Taten bedeutet (Lebhafte Ehnenrufe), auf jenem Wege, der sicher zur wahren Herrschaft des ungarischen Volkes, zur wahren Demokratie führt. (Stürmische Ehnenrufe.) Es lebe der König!

Die Stadtväter erhoben sich von ihren Sitzen und brachen in stürmische Ehnenrufe auf den König aus, in die das Publikum der Galerien begeistert einstimmte. Dann wurde eine Strophe des Hymnus gesungen.

Unter Ehnenrufen auf Bürgermeister Bárczy und Dr. Wilhelm Bássonji fand die Generalversammlung ihren Abschluß.

Wahlrechtskommission der hauptstädtischen Bürger und Arbeiter.

Im Demokratischen Zentralklub fand heute abend um 7 Uhr die Konstituierung der Wahlrechtskommission der hauptstädtischen Bürger und Arbeiter statt. An der Konferenz nahmen teil die sozialdemokratische Partei, die Demokraten, die Karolyigruppe, die christlichsoziale und die radikale Partei. Ferner waren vertreten: die Wahlrechtsliga, der Leopoldstädter Geselligkeitsklub, das Budapester Arztekasino, der Verein hauptstädtischer Kaufleute, der Budapester Lehrerverein, der Landesverein der ungarischen Speze-reihändler, der Landesverband der Privatbeamten, der Landesverein der Handelsgestellten, der Landesverband der ungarischen Apothekergehilfen, der Feministenverein, der

Galileiklub und andere Vereinigungen. Unter den Anwesenden bemerkte man die Abgeordneten Wilhelm Bássonji, Graf Theodor Batthyány, Franz Székely, Alexander Gießwein, Johann Pod, Martin Kováchy, Johann Benedek, Alexander Petö, Ernst Vrbóhy, Magistratsrat Eugen Márkus. Den Vorsitz führten Abgeordneter Wilhelm Bássonji und Alexander Garbai.

Abgeordneter Wilhelm Bássonji wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß die Zeit gekommen ist, im Interesse des allgemeinen Wahlrechtes die intensivste Tätigkeit zu entfalten, da die Hoffnung vorhanden ist, daß diese Tätigkeit von Erfolg gekrönt sein wird. Das allgemeine Wahlrecht war lange genug ein Ideal, man hat lange genug mit ihm kollektiert, so daß man jetzt endlich es der Bewirklichung entgegenführen kann. Zum zweitenmal wurde Graf Stefan Tisza durch das Wahlrecht zu Falle gebracht. Auch sein Sturz im Jahre 1905 wurde durch das allgemeine Wahlrecht verursacht, denn der Sieg der Koalition war der begeisterten Unterstützung der aus dem Wahlrecht ausgeschlossenen Massen zu verdanken. Jetzt wurde Graf Tisza wegen der Idee des allgemeinen Wahlrechtes von oben gestürzt infolge des Entschlusses des Königs, daß inmitten der Prüfungen des Weltkrieges die Ungerechtigkeit nicht aufrechterhalten werden kann, die Rechte jenen zu verweigern, von denen das Vaterland die größten Opfer gefordert hat. Wir müssen dafür sorgen, daß der Sturz Tiszas dem Wahlrecht tatsächlich zum Siege ver-helfe. Der Sturz des Grafen Tisza hat ein großes Hindernis sowohl für den inneren Frieden, wie für den internationalen Frieden aus dem Wege geräumt. Seine egoistische Klassen-politik hat bisher verhindert, daß Ungarn zu einer einzigen Einheit verschmelze, zu einer Einheit, ohne die es keine nationale Idee, keine wahre Nation geben kann, denn der Begriff der Nation erstreckt sich nicht auf eine Gesellschafts-klasse, sondern begreift alle in sich, die dieses Vater-land mit ihrer Arbeit erhalten. Man spricht von der Gefährdung der nationalen Suprematie. Man hat indes nie statistische Daten dafür vorgebracht, daß zwischen dem mate-riellen Wahlrecht und der Rationalitätenfrage irgendein Zusammenhang wäre. Das ist einfach politischer Übergebrauch, der jeder Grundlage entbehrt. Das Kollektieren mit der nation-alen Idee will die wahre Tendenz verhüllen, daß sie eigent-lich das Ungartum, das so viele Beweise seiner politischen Unabhängigkeit und Ueberzeugung geliefert hat, durch die fortgesetzte Betonung des Rationalitätenaberglaubens in Anfechtung zu erhalten wollen. Wenn wir haben wollen, daß Ungarns Kraft in eine imposante Einheit verschmolzen, zur Wahrung der Interessen und Rechte des Landes Oesterreich gegenüberstehen soll, so müssen wir hier zu Hause Frieden schaffen und den Unterschied zwischen Staat und Volk, zwischen Recht und Vaterland beseitigen. Der Unterschied zwischen dem amtlichen und nichtamtlichen Ungarn wird ein für allemal aufhören. Redner weist darauf hin, daß Graf Stefan Tisza in rascher Aufeinanderfolge auf dem Gebiete des Wahlrechtes Konzessionen gemacht hat und das, was gestern für ihn noch ein Dogma gewesen, am nächsten Tage schon nicht mehr für die nationale Idee gefährlich war. Die neue Regierung darf sich um die Partei der nationalen Arbeit nicht kümmern. Redner ist keineswegs ein Freund der Wahlen während des Krieges. Das hat stets den Anschein eines Staatsstreiches. Es gibt aber zweierlei Staatsstreiche: edle und böse, für das Volk und gegen das Volk. Wenn man das allgemeine Wahlrecht ernstlich will, so darf man vor einem Hindernis, wie es die Partei der nationalen Arbeit bildet, nicht zurückschrecken. Ueber das all-gemeine Wahlrecht hat man bereits genug gesprochen, jetzt ist die Zeit zum Handeln da. (Langanhaltender, lebhafter Beifall.)

Alexander Garbai erklärt im Namen der sozial-demokratischen Partei, daß die Arbeiter nicht mehr ruhen werden, bis das allgemeine Wahlrecht nicht durch-geführt sein wird. Das Wahlrecht kann nicht mehr unter-schlagen und auch nicht mehr halb gelöst werden. Er unter-breitet folgenden Beschlußantrag:

Das Wahlrechtskomitee der hauptstädtischen Bürger und Arbeiter wird für konstituiert erklärt. Wir fordern alle haupt-städtischen Körperschaften, Organisationen, sowie alle diejeni-gen Personen, die mit uns gemeinsam für das gleiche und geheime, auch auf die Frauen sich erstreckende Wahlrecht kämpfen wollen, zu ihrem Anschluß ehestens anzumelden. Wir fordern, daß ein Wahlrechtskabinett gebildet werde, das die Reform des Wahlrechtes für seine erste Aufgabe hält, die durch keine andere Frage verdunkelt und in den Hintergrund gedrängt werden kann. Wir sind zu einem entschlossenen und ausdauernden Kampf gegen jeden Versuch bereit, der auf die offene oder verhüllte Wiederherstellung des das Volk hassenden Tiszaregimes gerichtet wäre.

Der Beschlußantrag wurde unter lebhaften Ehnenrufen angenommen.

Der frühere Justizminister Franz Székely erklärte, sich mit Freude der Bewegung anzuschließen.

Graf Theodor Batthyány meldete den Anschluß der Karolyigruppe an. Man müsse sich auch an die Provinz-bevölkerung wenden, sie aufklären, daß es auch in ihrem Interesse liegt, daß das freie, neue, demokratische Ungarn ge-schaffen werde.

Es sprachen noch Alexander Gießwein, Oskar Jáchl und Johann Pod.